

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schaele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 5

Donnerstag, den 8. Januar 1931

Jahrgang 103

Lohnbeihilfe statt Arbeitslosenunterstützung

Reichsfinanzminister Dietrich verteidigt seine Pläne in Heilbronn

U. Berlin, 8. Jan. In einer großen demokratischen Versammlung in Heilbronn setzte sich Reichsfinanzminister Dietrich gestern Abend mit den Einwänden auseinander, die seine Vorschläge zur Arbeitslosenfrage in den Blättern des In- und Auslandes gefunden haben. Er wandte sich hauptsächlich gegen den Vorwurf der Subventionsspolitik. Darunter verstehe man eine Beihilfe einzelner Unternehmen zu Lasten anderer. Eine solche Politik, die schlechte Unternehmungen auf Kosten der guten unterstütze, sei ein Wahnsinn, den man ihm nicht zutrauen dürfe. Es sei aber eine ganz andere Frage, wenn man gleichmäßig bei einzelnen lebenswichtigen Berufsgruppen, wie er in Stuttgart ausgeführt habe, auf der ganzen Linie einsetze. Es sei allerdings richtig, daß er die Schwierigkeiten des selbständigen Unternehmers anerkannt habe. Darin sei selbstverständlich keine Spitze gegen die Leiter der Konzerne oder gegen die Konzerne selbst enthalten, wie er überhaupt um die Sache kämpfe und sich jeder Angriffe sowohl auf Arbeitgeber wie auf Arbeitnehmer enthalte. Er verkenne keineswegs, daß die Beschäftigung der Arbeitslosen weniger eine Frage der Produktion als des Absatzes sei. Aus diesem Grunde sei von ihm darauf hingewiesen worden, daß die Gestaltung der Preise in Zusammenhang mit dem, was er im Auge habe, gebracht werden müsse.

In seinen weiteren Ausführungen wies Dr. Dietrich noch darauf hin, daß er nach wie vor noch auf dem Standpunkt stehe, das privatwirtschaftliche System könne sich nur dann weiter behaupten, wenn es an Stelle der Versicherung die Möglichkeit der Beschäftigung sehe. Als Mitglied der Regierung könne er seinen Plan im einzelnen jetzt nicht entwickeln, aber er habe natürlich ganz konkrete Vorschläge, die bald bekannt gegeben würden. Die Auslands- presse sei falsch informiert, wenn sie behauptete, er wolle die Arbeitslosenversicherung abschaffen. Er beabsichtige auch keine Subventionsspolitik zu treiben; vielmehr denke er daran, daß man mit einzelnen leicht übersehbaren Produktionszweigen, die die wichtigsten Produkte unserer Wirtschaft liefern, ein Abkommen über Herabnahme von Arbeits- losen trifft, mit der gleichzeitigen Verpflichtung der Senkung der Preise und damit der Förderung des Absatzes. Er habe aber offen gelassen, ob bei der Produktion oder bei der ein- bzw. arbeitenden Industrie mit diesem Plan eingeleitet werden soll, da er auf dem Standpunkt stehe, daß man dort ansetzen solle, wo man es mit Erfolg tun könne. Daß die Finanzwirtschaft erschüttert werden könne, sei eine durch nichts bewiesene Behauptung. Wenn Geld für die Arbeitslosen zu deren Beschäftigung verwandt werde, so bedeute das höchstens eine Entlastung, aber nicht eine Belastung der Finanzen.

Der würt. Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier

erklärt zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dietrich u. a.: Anzuerkennen ist vor allem das eine, daß endlich einmal ein neuer Gedanke zum Problem der Arbeits- losigkeit zur Debatte gestellt wird. Man ist sich in allen La- garen klar, daß die Dinge, so wie sie heute liegen, unhaltbar sind und daß von der Versicherungseite aus mit den Mit- teln, wie sie das Reichsgesetz über die Arbeitslosenver- sicherung vorsieht, man nicht weiter kommt, daß vielmehr in dem heutigen System der deutschen Arbeitslosenversicherung Ge- fahrenquellen liegen, welche die Arbeitslosigkeit fördern und begünstigen. Der Vorschlag ist ein außerordentlicher; er will nach der Begründung auch nur einer sein, der für außer- ordentliche Zeiten gemacht ist, und der für eine ganz begrenzte Zeit, nämlich für die schwerste Kri- senzeit der nächsten paar Monate, Geltung haben soll. Mit dieser Einschränkung, die sich der Vorschlag selbst gibt, ist er

ernster Nachprüfung wert, und um das Ergebnis vorweg zu nehmen, in vielen Fällen ein geeignetes, vor allem ein billiges Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit, wobei das Schwerkraft seiner Bedeutung wohl in erster Linie in der Erhaltung der Arbeitsstellen liegt.

Die heutigen herkömmlichen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagen, weil sie finanzielle Mittel erfordern, die schlechterdings nicht aufzubringen sind. Denn alle Projekte, welche als Arbeitsbeschaffung im weiteren Sinn und als Notstandsarbeiten im engeren Sinne in Be- tracht kommen, erfordern außer den Löhnen andere große Kosten: Material, Geräte, Grunderwerb, allgemeine Un- kosten usw. und es ist eine leidige Erfahrungstatsache, daß der Beschäftigungseffekt solcher Arbeiten, gemessen an der Ausgabe, sehr geringfügig ist. Es ist aus den Landtagsver- handlungen bekannt, daß bei dem großen Notstandsproj.ekt in Heilbronn, das eine Ausgabe von 8 Millionen Reichsmark verursacht, nur etwa 500 Arbeiter auf etwa 2 Jahre Beschäfti- gung finden können. Und so muß man aussprechen, daß für die maßgebenden öffentlichen Instanzen gerade in den letzten Monaten immer mehr die bittere, aber nach den Ver- hältnissen richtige Erkenntnis Platz gegriffen hat, daß man mit öffentlicher Arbeitsbeschaffung der Ar- beitslosigkeit nur in einem ganz beschränkten Maße zu Leibe rücken kann. Schließlich ist eben die Versicherung und Unterfützung das billigste, mindestens um den dritten Teil so billig, als die effektive Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen.

Dietrichs Gedanke greift an dieser Stelle ein; er lockert das an diesem Punkt schon verhärtete Problem. Er hat es nicht ausgesprochen, aber tatsächlich ist festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit sehr stark gemildert werden könnte, wenn nur die Löhne finanziert werden müßten. Einige Beispiele aus der Praxis, die erst in den allerletzten Wochen in Württemberg gespielt ha- ben, machen dies klar: Eine gut rentierende württembergi- sche Fabrik mit 600 Arbeitern mit ausgesprochenem Aus- landsabsatz hätte auf viele Monate gehalten werden können, wenn es möglich gewesen wäre, ihr einen Kredit von sage und schreie 200 000 RM. zu verschaffen; eine Geschäfts- bühnenfabrik in Stuttgart könnte fortgeführt 150 Arbeiter weiter beschäftigt werden, wenn ihr 150 000 RM. zur Ver- fügung gestellt werden könnten. Eine Fabrik mit 1600 Ar- beitern verlangt ein Darlehen von einer Million, um ihre Arbeiterstadt zu erhalten; mit 300 000 Mark kann eine große württembergische Fabrik mit mehreren hundert Ar- beitern im Lande gehalten werden. Die Wollebedenfabrik Gebr. Böpprich wäre stillgelegt, 700 Arbeiter brotlos gemacht worden, wenn die Württ. Notenbank nicht ein gewisses Risiko übernommen hätte.

Es geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß die Zurver- fügungstellung von Mitteln aus der Arbeitslosenfürsorge des Reiches in solchen Fällen als Erlösung empfunden und eine gewaltige Ersparnis bedeuten würde. Die Richtung des konkreten Ausbaues wird und muß in der Richtung liegen, daß in ähnlicher Weise wie nach dem geltenden Recht die Landesarbeitsämter für eigentliche Notstandsarbeiten ver- lorene Zuschüsse, unter Umständen auch langfristige Darlehen geben, Mittel zur Aufrechterhaltung, zur Inangabehebung von solchen Betrieben zur Verfügung gestellt werden, in denen in besonders starker Weise menschliche Arbeitskräfte ver- wendet werden.

Aussprache über die Arbeitsdienstpfl.icht im Reichsarbeits- ministerium.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Reichsarbeits- minister die Spitzenverbände der Wirtschaft zu Montag, 12. Januar, 10½ Uhr zu einer Aussprache über die Reichs- tagsanträge betr. die Arbeitsdienstpfl.icht ins Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Im Ruhrbergbau sieht man der weiteren Entwicklung der Dinge nicht ohne Besorgnis entgegen. Da der Bechen- verband eine Lohnherabsetzung von mindestens 8 Prozent für dringend notwendig erklärt und die Gewerkschaften einen über 4 Prozent hinausgehenden Lohnabbau mit Entschieden- heit ablehnen, ist mit dem Zustandekommen eines Schieds- spruches nicht zu rechnen. Immerhin sieht man in unterrich- teten Kreisen Einigungsmöglichkeiten in der Richtung einer gewissen Subventionierung des Ruhrbergbaues in Form von baren Zuwendungen.

Wilde Teilstreiks auch im ober-schlesischen Bergbau.

U. Gleiwitz, 8. Jan. Am Mittwoch vormittag sind auf einzelnen Gruben des ober-schlesischen Industriegebietes auf Betreiben der kommunistischen Organisationen Teilstreiks ausgebrochen. Der Umfang der Streikbewegung läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die Gewerkschaften einschließ- lich der sozialdemokratischen lehnen den Streik entschieden ab.

Tages-Spiegel

Reichsfinanzminister Dietrich hat sich in einer Rede in Heil- bronn mit den Kritikern seines Planes einer Lohnbeihilfe auseinandergesetzt. Der würt. Wirtschaftsminister Dr. Maier setzt sich mit Wärme für Dietrichs Ideen ein.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau sind ergeb- nislos verlaufen. Mit einer neuen regierungsfälligen Vermittlungsaktion ist bereits Ende der Woche zu rechnen.

In Oberschlesien ist ein von der SPD. angeführter wilder Streik ausgebrochen, der mehr als die Hälfte der Beleg- schaften in den Steinkohlengruben umfaßt.

In Berlin kam es bei der Beerdigung eines in der Silberster- nacht erschossenen Reichsbannermannes zu Zusammenstößen mit kommunistischen Demonstranten.

Der langjährige Leiter der Gesamtorganisation der Deut- schen Volkspartei, Staatssekretär Kempkes, ist in Berlin einem Herzschlag erlegen.

Nach einer Statistik des Internationalen Arbeitsamts be- trägt die Zahl der Arbeitslosen in der Welt gegenwärtig 15 Millionen.

Die Ostfahrt des Reichskanzlers

U. Königsberg i. Pr., 8. Jan. Der Reichskanzler be- suchte gestern die Stadt Lyck, wo er sich gegen die hohen Zinsen in Ostpreußen, vor allem bei den Darlehenskassen und Raiffeisenkassen, wandte. Es gehe nicht an, daß von Preußen Gelder zu 5 Prozent hergel.ikt werden, die dann von den Kassen zu 11, 12, ja sogar 14 u. S. weitergegeben würden. Der Zug des Reichskanzlers fuhr dann über Jo- hannsburg, wo ein kurzer Aufenthalt stattfand, nach Allen- stein. In Johannsburg kam es auf dem Bahnhof zu Demonstrationen von Kommunisten, die den Reichskanzler mit dem Rufe „Wir wollen Arbeit und Brot“ begrüßten. Auch Abordnungen der Landvolkbewegung „Schwarze Fahne“ hatten sich mit Plakaten in großer Zahl auf dem Bahnhof eingefunden und gaben ihrer Forderung mit dem Rufe Aus- druck „Wir Zwangsversteigerten wollen Brot“.

In Allenstein erwiderte Dr. Brüning auf die Wünsche der Wirtschaftsvertreter, daß er nicht Versprechungen geben wolle, die nachher nicht gehalten werden könnten. Durch Vereinfachung des Finanz- und Wirtschaftssystems sollten Maßnahmen getroffen werden, die nicht wirkungslos verpuff- ten. Er habe sich davon überzeugt, daß die Maßnahmen zur Senkung der Realsteuern nicht den ausreichenden Erfolg ge- habt hätten und daß es weiterer Maßnahmen bedürfe. Der Reichsbankpräsident werde die Unterlagen prüfen, wie die finanzielle Erleichterung am zweckmäßigsten ausgenutzt werden könne. Der Zustand der kommunalen Haushalte sei er- schütternd.

Rein Verbot des Remarquefilms in Oesterreich

U. Berlin, 8. Jan. Der österreichische Innenminister hat am Mittwoch ein Verbot der Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ abgelehnt. Die Polizei hat in Wien umfassende Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffen.

Das italienische Ueberseefluggeschwader

von zwei schweren Unfällen betroffen.

U. Rom, 8. Jan. Amtlich wird mitgeteilt, daß sich gestern beim Start des italienischen Ueberseefluggeschwaders in Vo- lama zwei Unfälle ereignet haben, die fünf Tote forder- ten. Das Flugzeug des Kapitäns Recagno (Nr. 9 der roten Gruppe) mußte eine Notwasserung vornehmen, nachdem es bereits eine Höhe von 50 Metern erreicht hatte. Bei der Notwasserung wurde das rechte Traggedel beschädigt, in dem sich zur Zeit des Niedergehens ein Mechaniker befand, der dabei den Tod erlitt. Das Flugzeug des Kapitäns Boer (Nr. 5 der weißen Gruppe) mußte in voller Geschwindigkeit notwassern, nachdem es bereits 10 Minuten geflogen war. Bei dem Aufprall entstand ein Brand. Die Besatzung, be- stehend aus Kapitän Boer, Leutnant Barbicini, dem Mecha- niker Sergeant Rensi und dem Funker Sergeant Imbastari, fanden hierbei den Tod. Beide Unfälle sind eine Folge zu großer Belastung der Flugzeuge.

Amerikanischer Transozeanflug

U. Newyork, 8. Jan. Am Mittwoch morgen ist Flug- kapitan MacLaren mit seiner Begleiterin, Frau Hart, von Hamptonroads im Staate Virginia zu einem Ozeanflug, der ihn mit Zwischenlandungen nach Paris bringen soll, nach den Bermuda-Inseln gestartet und gegen 20 Uhr MEZ. dort wohlbehalten eingetroffen.

Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

Die Schlichtungsverhandlungen ergebnislos.

U. Essen, 8. Jan. In dem gestern eingeleiteten Schlichtungs- verfahren bildete der Schlichter, Professor Brahn, nachdem die Parteien auf weitere Parteiverhandlungen ver- zichtet hatten, sogleich die Schlichterkammer. Da in dieser me Mehrheit für den Schiedspruch nicht zustande kam, ist auch das neue Verfahren ergebnislos beendet worden.

Zu den erneut gecheiterten Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau verlautet zuverlässig, daß mit einer neuen regierungsfälligen Vermittlungs- sion und mit einem neuen Schlichtungsverfahren bereits der laufenden Woche zu rechnen ist. Die Bemühun- den Bergbaukonflikt kampfslos beizulegen, dürften mit Kraft fortgesetzt werden.

Dr. Luther über Youngplanrevision

U. Stockholm, 7. Jan. Unter der Überschrift „Deutschland läßt seine Gläubiger nicht im Stich; verliert den Mut nicht“ bringt „Svenska Dagbladet“ eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Luther. Dr. Luther erklärte dem Blatt zufolge u. a.: „Mit großem Nachdruck muß von deutscher Seite betont werden, daß zum Reparationsplan auch die Voraussetzungen gehören, die von den anderen erfüllt werden müssen. Deutschland kann seine Tributzahlungen nicht leisten, wenn es nicht ausreichend ausführen kann. Der Youngplan ist nicht durchzuführen, wenn Deutschland nicht langfristigen Auslandskredit erhält. Erst wenn Deutschland von dem Druck der kurzfristigen Anleihen befreit ist, können sich seine eigenen Kräfte entwickeln.“

Es ist weiter unvorstellbar, daß die internationale Kaufkraft nicht auch auf die Quote der Reparationszahlungen rückwirken sollte. Der leitende Gedanke des Dawesplanes war, Deutschland nicht über sein Leistungsvermögen zu belasten. Dies muß auch für den Youngplan gelten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes beibehalten werden kann. Die veränderten Verhältnisse, die sich aus der Zunahme des Geldwertes ergeben, müssen dem Vorwärtstrebenden neue Möglichkeiten öffnen.

Je deutlicher Deutschland seine Unterschrift unter den Youngplan als bindend anerkennt, mit um so größerer Kraft kann das Land von den übrigen Kontrahenten fordern, daß sie ihre Schuldigkeit tun. Man muß damit rechnen, daß ein zunehmendes Verständnis über die wirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung die Aenderung solcher Punkte herbeiführt, die unmöglich beibehalten werden können.

Die Notlage der deutschen Landwirtschaft

U. Weihen, 7. Jan. Auf der Jahreshauptversammlung des Bezirkslandbundes Weihen hielt Graf Kalkreuth, der Präsident des Reichslandbundes, eine Rede, in der er u. a. erklärte, das Jahr 1930 habe der Landwirtschaft eine schwere Enttäuschung gebracht. Die beiden letzten Jahre ergeben in ihrer Bilanz einen Verlust von 4½ Milliarden Mark für die deutsche Landwirtschaft — ein auf die Dauer unerträglicher Zustand.

Zu den notwendigen Forderungen an die Regierung gehört der Schutz der Landwirtschaft gegenüber der Schleuderkonkurrenz des Auslandes. Der Versuch, durch ein Brotgesetz den Roggenverkauf zu verstärken, sei mißglückt. Der Redner sollte dann den bisher getroffenen Maßnahmen von Schiele auf dem Gebiete des Zollschutzes Beifall. Er bezeichnete es weiter als Wahnsinn, die Ausfuhr zu steigern, um die Tributlasten zahlen zu können und gleichzeitig die gesamte deutsche Landwirtschaft ihrem Untergang entgegenzuführen. Mit dem Gedanken, die Hilfe in Form einer Umschuldung des Bestandes durchzuführen, könne man sich nicht trauen. Eine Hilfe bedeute es, wenn das Reich von den 400-500 Millionen tragenden Zinslasten ein Drittel übernehme. Auch müßten die rückständigen Steuern in Naturalien bezahlt werden können. Der Redner forderte zum Schluß, die Reichsregierung müsse sich für den Abbau der Tributlasten einsetzen.

Trevisanus über die Zinssenkung für Umschuldungshypotheken in Ostpreußen

In Königsberg hatte der Vertreter der U. Gelegenheit, Reichsminister Trevisanus nach der Möglichkeit einer Zinssenkung für Umschuldungshypotheken zu fragen. Der Minister erklärte, bei alten Umschuldungshypotheken aus den Jahren 1928 und 1929 sei eine Senkung auf 5 v. H. vorgeesehen, während sie sich bei erstellten Hypotheken grundsätzlich nicht ermöglichen ließe. Zu der Frage nach der Möglichkeit einer allgemeinen Steuererleichterung wies der Minister auf die Zweifelhaftheit einer solchen Maßnahme gegenüber den ostpreussischen Städten hin, da ja doch auf Grund der allgemeinen Steuern die Reichssteuerüberweisungen an die Städte erfolgten.

Reichsbahn und Preisenkungsaktion

U. Berlin, 7. Jan. Wie aus industriellen Kreisen mitgeteilt wird, wächst die Beunruhigung weiter Kreise der deutschen Industrie über die Zurückhaltung des Kabinetts, die Reichsbahn in die Preisenkungsaktion einzubeziehen. Der bisher von der Reichsbahn für Zwecke des Preisabbaues ausgeworfene Betrag von 45 Millionen Mark werde weder materiell noch der Höhe nach als auch nur im entferntesten ausreichend angesehen. Die Einnahmen der Reichsbahn im Krisenjahr 1930 seien gegenüber denen des Hochkonjunkturjahres 1927 nur um 9,14 v. H. gesunken. Berücksichtigt man, daß in der freien Wirtschaft das Krisenjahr wohl eine Mindereinnahme von mindestens 20 bis 30 v. H. gebracht habe, so könnte man eigentlich die Reichsbahn zu ihrem Abschluß beglückwünschen. Trotzdem verlange die Regierung von der freien Wirtschaft scharfe Preisabsätze ohne Rücksicht auf die Selbstkostenrechnungen. Die Wirtschaft könne dieser Politik nur dann folgen, wenn öffentliche Unternehmungen, wie die Reichsbahn, nicht unter ein unverständliches Sonderrecht im Preisabbau gestellt würden.

DiETRICHs Lohnbeihilfeplan

Im Zusammenhang mit der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich in Stuttgart wird von zuständiger Berliner Stelle darauf hingewiesen, daß man sich schon seit geraumer Zeit mit der Frage beschäftigt, ob die Arbeitslosigkeit nicht besser bekämpft werden könne, wenn die bisher als Unterstützung gezahlten Gelder in anderer Weise produktiv verwendet werden würden, um dadurch großen Massen von Arbeitslosen zur Beschäftigung zu verhelfen.

Ostpreußens schwere Wirtschaftslage

Anlässlich des Kanzlerbesuchs in Königsberg wies der Direktor des Landesfinanzamts Königsberg, Weidemann, darauf hin, daß die Wirtschaftsschwierigkeiten Ostpreußens auf den Mangel an Rohstoffen für die Industrie und den ungünstigen Kriegsausgang zurückzuführen seien. Das Steueraufkommen in Ostpreußen und im Regierungsbezirk Marienwerder habe schon vor dem Kriege mit 3,7 bzw. 3 Mark je Kopf weit unter dem Reichsdurchschnitt von 9 M. gelegen. In der Nachkriegszeit habe sich die Wirtschaftslage der Provinz erheblich verschlechtert, besonders für die landwirtschaftlichen Betriebe, deren Schulden gegenüber den aufgewerteten Vorkriegsschulden in Höhe von 200 Millionen bis Januar 1931 auf 1,35 Milliarden angewachsen seien. Zahlmäßig drücke sich auch das Abgleiten der Landwirtschaft in den Einkommenssteuerzahlen aus, die im Herbst 1930 bei nur 15 000 Einkommenssteuer zahlenden Landwirten auf 1,5 Millionen gefallen seien. Die Prognose für die Zukunft bringe ein weiteres Abgleiten. Der Landwirtschaft seien die übrigen Wirtschaftszweige gefolgt.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes gab einen Überblick über die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen, die außerordentlich stark sei und fast 100 000 Arbeitsuchende betrage, damit ein Fünftel aller Arbeitsfähigen in Landwirtschaft und Gewerbe umfassend.

Landeshauptmann Dr. Blum erklärte, die gegenwärtige Lage in Ostpreußen sei durch eine immer schneller fortschreitende Abnahme der Wirtschaftskraft und eine entsprechende Abwanderung der Bevölkerung nach dem Reich gekennzeichnet. Die Abwanderung steige von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1929 seien 21 000 Menschen in das Reich abgewandert. Er schloß mit einem Appell an den Reichskanzler, mit allen Mitteln Ostpreußen die erforderliche Hilfe zu bringen.

Reichsminister Trevisanus erwiderte, der eine Zweck dieser Reise ist die Vorbereitung eines Hilfswerkes, das für Jahre hinaus festgelegt werden soll. Die politische Lage des letzten Jahres hat es nicht gestattet, anders als auf dem Weg der Notverordnung zunächst den Versuch zu machen, die dringendsten Notstände etwas zu mildern. Die politische Lage hat sich so entwickelt, daß irgendwelches Geld auf dem Auslands- oder Inlandsmarkt nicht zu haben ist. Nur mit großer Mühe ist es dem Reich gelungen, 165 Millionen zu erlangen, um die dringendste Umschuldungsaktion durchzuführen.

Jedwede positiven Beschlüsse seien aber noch nicht gefaßt worden.

Der „Berliner Börsen-Courier“ widmet dem Plan Dietrichs einen Artikel, der die Überschrift „Verfehl“ trägt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie habe sich stets entschieden gegen alle Subventionierungen privater Betriebe ausgesprochen. Subventionen zwingen die gesunden Betriebe, durch ihre Steuerzahlungen andere Konkurrenzbetriebe zu unterstützen, wodurch sie selbst unter Umständen zu Arbeiterentlassungen gezwungen werden würden. Der Selbsthilfegedanke würde geradezu eingeschläfert und es sei kein Wunder, wenn ein subventionierter Betrieb schließlich in die öffentliche Hand überginge. Es wird die Befürchtung geäußert, daß wir zwar vorübergehend vielleicht drei Millionen Arbeitslose beschäftigen könnten, aber mit dem Ende der Krise, daß auf die Dauer auch noch ein großer Teil der heute noch in Arbeit stehenden 10 Millionen Arbeiter brotlos werden würde. Schließlich wird angedeutet, daß es unmöglich sein dürfte, die Mittel für den Dietrichs Plan aufzubringen.

Reichskanzler Brüning auf der Ostfahrt



Die Ankunft des Reichskanzlers (1) auf dem Bahnhof in Lauenburg in Pommern. Er wird von dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern, von Galfern (2), begleitet.

Zusammenschluß der Revisionsgegner

Der außenpolitische Berichterstatter des „Journal“ beschäftigt sich mit dem Besuch Benizelos' in Warschau und den Besprechungen zwischen Mironeßen und Benesch und sieht hierin den Auftakt eines Zusammenschlusses der Revisionsgegner. Der Hinweis, daß Deutschland die Minder-

Demonstrationen in Elst und Insterburg.

Der Reichskanzler wurde in Elst auf dem Bahnhofsvorplatz von einer großen Menschenmenge erwartet, die ihn mit den Rufen: „Nieder! Nieder mit der Hungerdiktatur!“ und dem Abzingeln der Internationale begrüßte. Auch in Insterburg wurde der Kanzler von der Menge mit dem Rufe „Hungerdiktator“ empfangen. Um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, war nicht nur Polizei, sondern auch Reichswehr aufgeboden.

Reichskanzler Brüning erklärte in Insterburg, den Herren aus der Landwirtschaft müsse er wiederholen, daß die Führer der Landwirtschaft auch den Mut haben sollten, den Mitgliedern die Wahrheit zu sagen. Man solle die Organisation nicht als Selbstzweck ansehen. Der Führer sei nicht dazu da, sich populär zu machen. „Wir lassen uns auf der Straße anschreien“, so erklärte der Kanzler, „aber uns eint die Zuversicht, daß wir für unser Vaterland arbeiten.“ Im Endgesehen muß die Reichsregierung den Osten bitten, eines aufzubringen, was für den Erfolg aller Hilfsmassnahmen entscheidend ist, den Mut zur Selbsthilfe. Die bedeutungsvollste Selbsthilfe, die der Osten treiben muß, ist die politische Hilfe. Was soll das heißen, wenn agitatorische Worte aufgebracht werden, dem Osten aber jede Kraft fehlt, seine Abgeordneten zu veranlassen, der Reichsregierung die Mittel zur Verfügung zu stellen, die für eine Hilfe des Ostens angewendet werden sollen und notwendig sind. Die Zeit der Phrasen ist vollkommen vorbei, wenn wir überhaupt unser Vaterland retten wollen.

Gruß des Reichskanzlers an Oberschlesien.

Reichskanzler Brüning hat dem Vertreter der ober-schlesischen „Volksstimme“ im Hinblick auf seinen bevorstehenden Besuch in Oberschlesien einen Gruß an die Oberschlesier übergeben, in dem es u. a. heißt:

„Der Besuch des Ostens führt mich zu einem Zeitpunkt nach Oberschlesien, der zugleich als zehnjährige Wiederkehr des Abstimmungstages ein Denkmal ist für treue deutsche Gesinnung und ihre Stärke und Widerstandskraft gerade in schwerster Zeit. Die zehn Jahre, die seit der Volksabstimmung verstrichen sind, haben in der allgemeinen auf Deutschland liegenden Not auch für Oberschlesien keine Erleichterung, sondern sogar noch weitere Belastungen gebracht. Mit Stolz blickt deshalb das deutsche Volk auf diesen Vandalen, der sich trotz seiner Verfühlung und seiner wirtschaftlichen Bedrängnisse den ungebeugten Lebenswillen bewahrt hat. Mit dazu beizutragen, diesen Lebenswillen zu stärken und ihn vertrauensvoll auf die Zukunft zu richten, gilt mir als besonders wichtige Aufgabe.“

Heutenfrage zum Ausgangspunkt einer Aufrollung der gesamten Revisionsfrage benutzen wolle, habe genügt, die bedrohten Länder auf den Plan zu rufen. Der Widerstandsblock beginne sich langsam zu bilden, um denjenigen eine Warnung zu erteilen, die einen Streik herausbeschwören wollten. Deutschland werde an dem Tage, an dem es die Revisionsfrage in Genf aufrolle, merken, daß es damit den Siegerstaaten endlich Gelegenheit gegeben habe, ihre eigenen Meinungsverschiedenheiten zu vergessen, um die Reichen zu schlichten.

Polizeiaktion in Bochum

In Bochum drang die Polizei überraschend in die Räume der örtlichen SPD-Leitung ein. Eine sogenannte Erwerbslosenstaffel von über 100 Mann wurde ausgehoben. Der Polizei war bekannt geworden, daß die „Erwerbslosenstaffel“ auf der Zeche „Präsident“ eingesetzt werden sollte, um durch Gewaltanwendung und Sabotageakte die Arbeitseinstellung zu erzwingen.

Im Zusammenhang mit der kommunistischen Streikbewegung im Ruhrgebiet haben die russischen Kommunisten und die Gewerkschaftsinternationale einen Aufruf an das Weltproletariat erlassen, in dem verlangt wird, daß nicht eine Tonne Kohle gefördert werden dürfe. Die Internationale Arbeiterhilfe wendet sich an das Weltproletariat mit der Forderung, den Streikenden zu Hilfe zu kommen.

Ein Bild aus dem Ruhrkampf



Ein Blick in die Funktionärerversammlung der ruhrischen Bergarbeiter, die im Saale des Städtenshofes zu Bochum stattfand.

Aus Württemberg

Die Wahlreform in Württemberg.

Heute tritt der vom Landtag eingesetzte Sonderausschuß für die Reform des Landtagswahlgesetzes zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zur Beratung werden stehen die Initiativgesetzentwürfe der Volksrechtspartei und der Staatspartei und eine Eingabe des Verbandes Württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 8. Januar 1931.

Vom Calwer Rathaus.

Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung auf einen vorläufigen Bescheid des Landesbauamts hin die Arbeiten und Materiallieferungen zum Bau der Kapellenbergstraße vergeben. Die Bauarbeiten wurden der Baufirma Albers um ein Angebot von 40 730 RM. übertragen. Der Aufnahme der Notstandsarbeit steht nun nichts mehr im Wege. — In der gleichen Sitzung wurde ferner die Einführung der Bürgersteuer zum 1. April 1931 beschlossen.

Posaunenkurs in Neubulach.

In den letzten Tagen des alten Jahres hatten sich Posaunenbläser aus einer Reihe von Ortsgruppen des Jugendbundes für E. C. zu einem Posaunenkurs in Neubulach zusammengeschlossen. Mit ausdauerndem Fleiß arbeitete der etwa 40 Bläser zählende Chor in Theorie und Praxis unter der Leitung des Jugendbundssekretärs Geugelin. Wie schon im Vorjahr sollten auch heuer die eingeübten Sachen der Öffentlichkeit dargeboten werden. In freundlicher Weise war die Kirche in Neubulach zur Verfügung gestellt worden. Am 1. Januar nachmittags 2 Uhr fand die musikalische Festsitzung statt. Eingeleitet durch gemeinsamen Gesang, Schriftverlesung und Gebet, nahm die reichhaltige Programmfolge ihren Lauf. Wir nennen von den Mitwirkenden Frau Geugelin, Karlsruhe (Sopran), Fräulein Dierbach, Heidelberg (Alt), Lehrer Link, Mühlacker (Cello), Kaufmann Bader, Wiernsheim (Orgel), Karl Steimle, Neubulach (Violine), stud. theol. Gumpert (Orgel). Auch hörte man den Neubulacher Gitarrenchor, geleitet von Schwester Berta Koller. Besonders muß hervorgehoben werden die Leistung des Gemischten Chores aus Monacham unter der Leitung von Herrn Volke. Fein abgestimmt, was Technik und Tonschönheit anbelangt, trug er Werke alter Meister mit Geschick vor. Gerade die melodische Schwierigkeit der dargebotenen Sachen und die dennoch jeweils klare Stimmführung, verbunden mit guter Anpassungsfähigkeit untereinander, ließen gute Schulung erkennen. Den wesentlichen Anteil an der Feier hatten die Posaunenchor, welche ausgeführte Stücke einfache Choräle, getragene Weisen und flotte Marschthemen erklingen ließen. Am Schluß suchte ein kurzes, padesches Wort des Jugendbundssekretärs Geugelin (Karlsruhe) gewonnene Eindrücke zu vertiefen. Mit stillchem Interesse folgte die zahlreich erschienene Gemeinde den herrlichen Darbietungen. — Dieselbe Feier konnte mit einigen Programmänderungen abends 7 Uhr in der Kirche zu Zavelstein gehalten werden. Auch dort war ein guter Besuch zu verzeichnen. In beiden Orten ein würdiger Beginn des neuen Jahres, den wir der rührigen Arbeit des Jugendbundes f. E. C. zu verdanken haben. Man sieht hier wieder einmal, daß die christliche Jugend für alles Schöne und Edle offen steht. G.-M.

Vom Rathhaus Altsfelds.

Das den Mitgliedern des Gemeinderats seither gewährte Sitzungsgeld in Höhe von 2 RM. für eine Sitzung wird auch künftig beibehalten. — Die zunehmende Beeridigung der Äschen von Feuerbestattungen auf den hiesigen Friedhöfen macht die allgemeine Neuregelung der Beeridigungsgebühren erforderlich. Bis dahin wird bei Bestattung einer Urne die Gebühr für Anfertigen eines Kindergrabes, sowohl in Einnahme als in Ausgabe, in Anwendung gebracht. — Nach der neuen Gemeindeordnung bedürfen Erklärungen auf städt. Wechseln, Schul- und Bürgscheinen neben der Unterschrift des Ortsvorstehers der Unterzeichnung durch ein vom Gemeinderat zu bestimmendes Gemeinderatsmitglied. Hierzu werden die für den Stadtvorstand gewählten ständigen Stellvertreter, Stadtrat Zimmermann und Wähler, bestimmt. — Der Vorsitzende trägt die Verordnung über die Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten (um 6 Prozent ab 1. Februar 1931) vor. Gegen die Einführung des Gehaltsabbaus wird nichts eingewendet. Ferner wird noch der Gemeinderat mit den Durchführungsbestimmungen zur Senkung der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Gebäudeversicherungsteuer ab 1. April 1931 bekannt gemacht. Darnach kommt viel darauf an, wie hoch der Gemeindefinanzplan am 31. Dezember 1930 ist, weil bei der Steuererhöhung von demselben ausgegangen wird. Der Gewerbeverein hat sich in einer Eingabe an den Gemeinderat gewandt, in der gebeten wird, den derzeitigen Umlagefuß von 20 Prozent unter keinen Umständen zu erhöhen. Der Gemeinderat lehnt wiederholt die vom Oberamt angeregte Erhöhung des Umlagefußes von 20 Prozent ab. — Der Stromlieferungsvertrag mit dem G.E.L. läuft auf 31. Dez. 1931 ab. Die Kündigung hätte spätestens am 31. Dezember 1930 zu erfolgen. Da die früheren Verhandlungen nicht zur Einigung führten und dem G.E.L. in letzter Zeit es nicht möglich war, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wird die vertragliche Kündigungsfrist für beide Teile um 4 Wochen verlängert. — Ein Anlieger am Nagoldkanal fordert Ersatz der ihm durch Uferreparatur entstandenen Kosten. Dem Ersuchen wird aber nicht entsprochen, da die Uferunterhaltung Sache der Anlieger ist und die Stadtverwaltung ein Verschulden an der Beschädigung der Ufermauer nicht trifft.

Württembergische Volksbühne.

Das diesjährige Weihnachtsmärchen der Württ. Volksbühne wird heuer am 18. Januar in Calw aufgeführt. Es heißt „Prinzessenshandchen“ von Max Müller, ein Werk, das an Form und Inhalt den bisherigen Kinderfomödien in nichts nachsteht und sicher das ganze Entzücken unseres kleinen Theaterpublikums sein wird. Es handelt

sich um die Geschichte eines guten und schönen Königsbäckersleins, das, um den Nachgebanten einer bösen Fee, der Muschelfönigin zu entgehen, unbekannt als einfaches Försterkind im Walde aufgezogen wird. Aber durch das feingewirkte Wirken der guten Tannenkönigin — das Christkind in anderer, etwas veränderter Gestalt — werden die bösen Pläne der Muschelfönigin zunichte gemacht und Tausendhändchen wird just am Weihnachtsabend in das Königsbäckerei, ihr Heimathaus, zurückgeführt und bekommt dort obendrein einen schönen Prinzen zum Gemahl. Eine große Rolle bei diesem Ereignis spielt der lustige Hofsüßbäcker Hörchen, der durch seine dummen Streiche alles zum Lachen bringt.

Wetter für Freitag und Samstag.

Ein größeres Hochdruckgebiet erstreckt sich von England bis nach Skandinavien. Für Freitag und Samstag ist immer noch zeitweilig bedecktes, aber nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

CEB. Forzheim, 7. Jan. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat unter Ausschluß des Rechtsweges für Mitteilungen, die zur Ermittlung des Täters bei dem Anschlag auf den Orientexpress führen, eine Befolmung bis zu 600 Mk. ausgesprochen.

Neuenbürg, 7. Jan. In der unteren Waldrennacher Steige hätte sich gestern ein schweres Unglück ereignen können, wenn nicht glückliche Umstände dasselbe verhindert hätten. Ein Einspännerfuhrwerk von Salmbach, ein sog. Bernerwägel, mit fünf Personen besetzt, passierte beim Winthof die Steige, welche dort ein starkes Gefälle hat, wodurch sofort die Bremse brach und gleich darauf auch die Anhaltsschraube des Pferdes gebrochen wurde. In diesem Moment lösten sich die Stränge des Pferdes aus dem Wagschiff, so daß der Wagen allein seinem Schicksal überlassen blieb und in rasendem Tempo die Steige herabsautete, glücklicherweise aber gegen die Bergseite fuhr und beim Hause des W. Tietkus zum Stehen kam. Glücklicherweise kamen die Insassen mit dem nicht geringen Schrecken davon.

Ehe Sie einen

Druckauftrag

nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können.

„Tagblatt“-Buchdruckerei
Fernspr. Nr. 9 Calw Lederstr. 23

CEB. Oberndorf, D.-M. Herrenberg, 7. Jan. Montag früh brannte das Wohn- und Dekonomiegebäude des Schuhmachers Anton Amann hier bis auf die Grundmauern nieder. Da sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit auf das ganze Gebäude erstreckte, konnten die Bewohner außer dem Vieh nur das nackte Leben retten. Der Besitzer mußte sich mit seinem 3 Wochen alten Kinde durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet.

CEB. Stuttgart, 7. Jan. Das Dunkel über den kommunistischen Ueberfall auf die Nationalsozialisten in der Neujahrnacht hat sich immer noch nicht gelichtet. Die Polizei arbeitet zwar fieberhaft, um die Schuldigen zu entdecken und ihre Unternehmung hat auch bereits ein praktisches Ergebnis gezeitigt. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ hört, wurden bis jetzt 6 Kommunisten dem Untersuchungsrichter vorgeführt, bei denen wohl eine Mittäterschaft nachgewiesen werden kann. Ob sich aber unter den Verhafteten derjenige befindet, der den tödlichen Stoß gegen Weinstein geführt hat, läßt sich noch nicht sagen.

Beuren, 7. Jan. Als der Landwirt Mast mit seinen zwei Pferden auf den Acker fahren wollte, wurde er unterwegs von einem Auto überholt, worauf die Pferde scheu wurden und in vollem Galopp davonprangen. Dabei rannte das eine Pferd mit voller Wucht gegen eine Deichsel. Mast fuhr nichtsaftend, da das Pferd keine äußere Verletzung zeigte, weiter auf das Feld, doch schon auf dem Heimweg kam das Pferd kaum mehr mit. Daheim angekommen, fiel das Tier plötzlich um und war tot. Der herbeigerufene Tierarzt stellte fest, daß es innerlich verblutet war.

CEB. Ulm, 7. Jan. In den ersten Morgenstunden des Dreikönigstages hat sich „hinter dem Brot“ vor dem Hause 1 ein blutiges Drama abgespielt. In dem genannten Hause wohnen die Eheleute Hochdröfer. Der 42 J. a. Aug. Hochdröfer, der zurzeit arbeitslos ist, hatte seine mit ihm in zweiter Ehe lebende Frau, die in einer Wirtschaft als Aushilfe bediente, an ihrer Arbeitsstelle abgeholt. Auf dem Nachhauseweg gab es zwischen ihnen, wie schon öfters, Auseinandersetzungen, in deren Folge Hochdröfer seine Frau auf der Straße vor der Wohnung erstochen hat.

Turnen und Sport

Vom Fußballklub Altbürg.

Altbürg 1. hat seine Spiele auf heimatischem Boden beendet. Altbürg 2. wird noch einmal antreten und zwar ge-

gen Gehingen 1. Wir wünschen, daß es ein Spiel wird, das ganz den freundschaftlichen Beziehungen früherer Jahre entspricht. Altbürg 1. hat sich vom Tabellenende weg gearbeitet. Es waren oft schwere Kämpfe, die nur mit dem Einsatz aller Kräfte gewonnen werden konnten. Altbürg 2. hielt sich tapfer, ließ sich nie entmutigen, auch dann nicht wenn die besten Spieler in die 1. Elf abwanderten. Einen schönen Abschluß der Spielzeit soll nun die veripäpate Weihnachtsfeier des Klubs bilden.

Steinegg 1. — Altbürg 1. 3:4.

Mit gemischten Gefühlen trat die Altbürger Mannschaft die Fahrt nach Steinegg an, denn Steinegg hatte sich in der Vorrunde als ein gefährlicher Gegner erwiesen. Doch sollten die Optimisten recht behalten. Vom Anstoß weg brandeten die Angriffe Altbürgs unaufhörlich gegen Steineggs Tor und schon in der 7. Minute konnte nach schönem Zusammenspiel Altbürgs vorzüglicher Mittelstürmer den Führungstreffer einsenden. Nach wiederum 10 Minuten hieß es schon 0:2 für Altbürg. Steinegg strengt sich mächtig an und es gelingt ihm, ein Tor anzuholen. Wieder trägt Altbürg Angriff auf Angriff vor. Ein gut getretener Elfball wird vom Altbürger linken Läufer schön gegen das Tor geköpft und schon ist der wieselschnelle Mittelstürmer zur Stelle, um mit glänzendem Kopfstoß das Tor zu vollenden. Großer Jubel beim ziemlich zahlreich vertretenen Altbürger Publikum. Steinegg wird aufgeregt, läßt sich zu Täuschlichkeiten hinreißen, die aber vom Schiedsrichter nicht geahndet werden. Nach einem Treffer kann Altbürgs Linksaußen einsenden und beim Stand von 1:4 werden die Seiten gewechselt. Das Spiel sollte nun ein sehr unschönes Ende finden. Die Mannschaft Steineggs sucht durch Härte den Ausgleich zu erzwingen. Hierin wird sie vom Schiedsrichter nicht zurückgehalten. Dagegen wird Altbürgs linker Verteidiger angeblich wegen Täuschlichkeit vom Platz gewiesen. Der Mitteläufer, der in die Verteidigung zurückgenommen wird, muß schuldblos zwei Fußtritte einstecken. Dafür wird er, nachdem er seinen Gegner etwas scharf angeht, auf Betreiben des Steinegger Publikums, das in das Spielfeld eindringt, vom Platz gewiesen. Gegen das Altbürger Publikum, das gegen die Fehlentscheidungen des Schiedsrichters protestierte, wurde die Platzordnung alarmiert. Gegen die geschwächte Altbürger Mannschaft kann Steinegg noch 2 Tore aufholen, der Ausgleich wird aber von dem ganz hervorragenden Tormann Altbürgs verhindert. Diesem und dem Mittelstürmer hat Altbürg den Sieg zu verdanken; der übrigen Mannschaft gebührt ein Gesamtlob. Nicht zuletzt war die vorbildliche Ruhe und die Einmütigkeit der Altbürger Mannschaft, die sich durch hartes Spiel des Gegners und Ungerechtigkeiten und Fehlentscheidungen des Schiedsrichters nicht beirren ließ, für den Sieg entscheidend. Durch Schiedsrichterleistungen wie wir sie letzten Sonntag in Steinegg zu sehen bekamen, werden die ohnehin schon scharfen Puffkämpfe noch verschärft, und solche Schiedsrichter haben es auf dem Gewissen, wenn Feindschaften zwischen einzelnen Vereinen entstehen, wenn es zu Schlägereien auf den Sportplätzen kommt und der Fußballsport in Verfall gerät. Dies ist in letzter Zeit sehr klar zu Tage getreten, auch bei anderen Vereinen.

Fußballsport.

Zu dem kürzlich stattgehabten Verbandsspiel Neubulach-Zavelstein, das mit dem Ergebnis F.-B. Neubulach — Sp.-B. Zavelstein 2:0 von Sp.-B. Z.-B. abgebrochen wurde, gibt letztere folgende Darstellung:

Bei äußerst schlechten Bodenverhältnissen kam das Spiel zum Ausbruch und nahm unter der nicht befriedigenden Leistung des Schiedsrichters B.-B. Bad Liebenzell nach 37 Minuten ein rasches Ende. Neubulach stößt an und schafft gleich eine heikle Situation vor dem T.-B. Tor. Zavelstein erwidert, so daß bald ein temperamentvolles Spiel beider Mannschaften im Gange ist. Auf und ab wogt der Kampf und im Strafraum der Gäste entsteht ein Gedränge, wodurch in der 9. Minute das Führungstor für Neubulach eingedrückt wird. Durch die Nachgiebigkeit des Schiedsrichters nimmt das Spiel an Härte zu. Zavelstein spielt nun leicht überlegen und kann nach Verlauf von etwa 20 Minuten den Ausgleich erzielen, der aber wegen angeblichem Abseits annulliert wurde. Wenige Minuten später schoß der Mittelstürmer Neubulachs ein klares Abseitstor ein, welches der Schiedsrichter nicht sah, da er noch in einer Unterhaltung mit dem T.-B. Linksaußen stand, und trotzdem gemeldet wurde. Gleich nach dem Anspiel wurde ein Spieler T.-B. ungerechterweise vom Platz gestellt, worauf Sp.-B. Zavelstein das Spiel abbrach. E. W.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

| | |
|----------------------|--------|
| 100 holl. Gulden | 169,31 |
| 100 franz. Franken | 16,51 |
| 100 schweiz. Franken | 81,50 |

Börsenbericht.

CEB. Stuttgart, 7. Jan. Bei geringem Geschäft gaben die Kurse heute etwas nach.

Landesproduktbörse.

Mit dem Jahreswechsel ist auf dem Getreidemarkt wieder eine etwas bessere Stimmung eingetreten. Weizen- und Weizenpreise sind etwa um 50 Pf. gestiegen.

Produktbörse und Marktbericht des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

E. C. Berliner Produktbörse vom 7. Januar.

Weizen, märkischer 258—260; Roggen, märkischer 156 bis 159; Gerste 200—221; Hafer, märkischer 141—145; Weizenmehl 20,75—37,20; Roggenmehl 23,65—26,75; Weizenkleie 9,75—10; Roggenkleie 8,75—9,50; Viktorienbisen 24—31; kleine Speisebisen 23—25; Futterbisen 19—21; Pelusischen 20—21; Ackerbohnen 17—18; Wicken 18—21; Napskuchen 9—9,50; Pelusischen 15—15,20; Trockenstängel 5,60—5,90; Soyafahrot 12,40 bis 12,90. Allgemeine Tendenz: Ruhig.

DER INVENTURAUSSVERKAUF IN PFORZHEIM

wird abgehalten in der Zeit vom 10.—24. Januar 1931

Obwohl der Preisabbau bis an die Grenze des Möglichen schon durchgeführt ist, wird der Pforzheimer Einzelhandel, um seine durch die Wirtschaftslage immer noch stark gefüllten Lager zu räumen **eine nochmalige Preisherabsetzung vornehmen**, durch welche jeder veranlaßt werden sollte, seinen Bedarf zu decken. Eine günstigere Einkaufsmöglichkeit dürfte in absehbarer Zeit auf keinen Fall zu erwarten sein.

PFORZHEIMER EINZELHANDEL E.V.

Amtl. Bekanntmachungen

Anmeldung für das Landesbad
„Katharinenstift“ in Wildbad.

Die beteiligten Kreise werden auf die Bekanntmachung der Staatlichen Badverwaltung Wildbad betr. die Anmeldung für das Landesbad „Katharinenstift“ in Wildbad vom 2. Januar 1931 im Staatsanzeiger für Württemberg vom 2. 1. 31 Nr. 1 hingewiesen. Der Staatsanzeiger liegt bei den Bürgermeisterämtern zur Einsichtnahme auf.

Calw, den 7. Januar 1931.

Oberamt: Rippmann.



Städt. Hausfrauenverein

Freitag, abends 8 Uhr, findet im Garkhaus Vortrag über:

„Die Rechte der deutschen Frau“
Vortrag von Herrn Dr. Scheffbuch. Eintritt frei für jedermann

Javelstein, den 7. Januar 1931.

Dankagung



Für die liebevolle Teilnahme während des Krankenlagers und beim Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters

Friedrich Nonnenmann

sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir den Kriegervereinen Javelstein und Sonnenhardt, sowie für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Landw. Bezirksverein Calw

Wir haben auf Lager:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| Thomasmehl | Roggen |
| Kalifalz | Weizen |
| Kainit | Gerste |
| Aegkalk | Hafer |
| Kohlenlauren Kalk | Tiermehl |
| Leinmehl | Fischmehl |
| Erdnußmehl | Schnellmahlfrutter |
| Sojafchrot | Lebertran |
| Roggenfchrot | Futterkalk |
| Ackerbohnenfchrot | Vogelfutter |
| Weizennachmehl | Kochsalz |
| Leinschrot | |

Ausgabe in Calw: Mittwochs u. Samstags

Ausgabe in Althengstett: Dienstags.

Die Geschäftsstelle



DIE GUTEN
QUALITÄTEN IM

INVENTUR AUSSVERKAUF

JETZT NOCH
BILLIGER

Beginn:
Samstag, 10. Jan.

— Alles Weitere sagen wir Ihnen morgen! —

Wronker

AKT.-GES. PFORZHEIM

Calw

Zahlungsaufforderung

Die Grund- und Gebäudebesitzer und die Gewerbetreibenden werden an die ihnen obliegende Verpflichtung zur allmonatlichen Entrichtung von Abschlagszahlungen auf ihre Schuldigkeit an Staats- und Gemeindesteuer für das Steuerjahr 1930 erinnert.

Die Abschlagszahlungen sind mit einem Zwölftel der Jahresschuldigkeit für 1929 zu bemessen.

Die jeweils fälligen Monatsbeträge sind bis zum 8. jeden Monats an die Stadtkasse zu entrichten.

Für rückständig gewordene Beträge wird ein Verzugszins von 9% p. a. in Anrechnung gebracht.

Calw, den 7. Januar 1931.

Stadtpflege.

Bad Liebenzell

Am Wege der

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 9. ds. Mts. vorm. 11 Uhr gegen b. Bezahlung:

1 Pinakursupe mit 2

Objektiven und 4 Ersatz-

gläsern, 1 Kinoapparat

„Ortel“, komplett, 1 Pro-

jektions-Apparat mit

Mikroprojektion.

Zusammenkunft b. Rathaus

Gerichtsvollzieher

beim Amtsgericht Calw

Dhngemach.

Wohn- oder

Geschäftshaus

zu kaufen gesucht.

Ein demnächst mit Bau-

sparvertrag ausgeloster Ge-

schäftsmann sucht in Calw

oder dessen nächster Umge-

bung ein Wohnhaus, mög-

lichst mit Garten oder auch

ein Geschäftshaus.

Angebote erbeten unter

W. B. 5 an die Geschäfts-

stelle ds. Bl.

600 Mk.

hat gegen gute Sicherheit

sofort auszuleihen.

Wer, sagt die Geschäfts-

stelle ds. Bl.

Oberkollbach

Am Wege der

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 9. ds. Mts. nachm. 4 Uhr gegen b. Bezahlung:

1 Elektrisches Klavier fast

neu (Popper) für Wirte

geeignet.

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach

Gerichtsvollzieher

beim Amtsgericht Calw

Leere Kisten

mittlere und größere

jedes Quantum kauft

Chr. Schlatterer

Rasiermesser

werden haarscharf ab-

gezogen bei

Friseur Obermatt

Schöne Deine Augen!

Bei dem trüben Wetter ist es

dringend notwendig, ein passendes

Augenglas zu besitzen.

Optiker Zahn, Calw

Lederstraße 42

empfiehlt sich im Anfertigen jeder Art

und Qualität von Sehhilfen in sorg-

fältiger und pünktlicher Ausführung

bei billigster Berechnung und kürzester

Zeit.

Fernsprecher 300.

Am Samstag, den 10. Januar 1931
abends 8 Uhr, läuft in den Bad. Hof-
Lichtspielen der Großfilm

„Die Seeschlachten bei Coronel und den Falkland-Inseln“

Ein deutsches Heldenlied von Sieg und Unter-
gang des Kreuzer-Geschwaders Graf Spee.
Dazu ist jedermann eingeladen. Eintritt frei!

Deutschnational. Handlungsgehilfenverband
Ortsgruppe Calw

FrISCHE FISCHE

eingetroffen:

Rabliau u.
Schellfisch
Pfd. 30 Pfg.

Rabliau-
Filet
Pfd. 50 Pfg.

FrISCHE
Büchlinge
Geräucherte
Goldbarsch
und Seelachs
ferner empfehlen:
Bayerische
Leberwurst
2 Pfd. Dose Br. f. N.
1.10 RM.

Bayerisches
Ranchfleisch
gut durchwachsen
Pfd. 1.55 RM.

Emmentaler
ohne Rinde
1/2 Pfd. 30 Pfg.

Auf alles
5% Rabatt

Lassen Sie bei

Phönix

älteste und größte
Spezialwäscherei
in Stuttgart

Kragen

und Oberhemden
waschen und bügeln,
sie werden
wie neu

Annahmestelle:
Gschw. Stanger,
Altbürgerstraße 11.

Eine ältere

Rug-
Ruh
samt Kalb verkauft.
Michael Stoll, Alzenberg

Rundholz

4. und 5. Klasse
sucht zu kaufen

Emil Kirchherr,
Zimmermeister
Calw.

Sommenhardt
Einen Wurf reine, ans
Freßten gewöhnte

Milchschweine

verkauft.
Luz. Schuhmacher

Nur noch bis

Samstag, 10. Januar

gebe ich auf beinahe sämtliche Waren einen Rabatt von

20 Prozent

Paul Käuchle, am Markt, Calw